

Beitritt nicht nur die VRCh, sondern auch andere Länder profitierten. (XNA, 16.11.94)

Weitere amerikanische Bedenken richten sich gegen die Einräumung eines Entwicklungsländerstatus zugunsten Chinas innerhalb des GATT.

Ein solcher Vorbehalt ist aus der Sicht Beijings unverständlich, da China nach wie vor ein Entwicklungsland sei, und zwar sowohl nach den Maßstäben der UNO als auch der Weltbank:

- Die UNO teile die Länder in "entwickelte Marktwirtschaften" und "Entwicklungsmarktwirtschaften" ein. Zur ersten Kategorie gehörten die 24 Mitgliedsstaaten der OECD, während Länder, die im wesentlichen Erdöl und Handwerksprodukte exportierten, sowie die am wenigsten entwickelten Länder zu "Entwicklungsmarktwirtschaften" gerechnet werden.

- Was die Weltbank anbelangt, so benutzt sie einen quantitativen Maßstab in ihrem Klassifizierungssystem. Länder mit einem Pro-Kopf-BIP von weniger als 675 US\$ werden als "Länder mit geringem Einkommen" bezeichnet. China liege weit unter diesem Limit und sei auch deshalb schon ein typisches Entwicklungsland, heißt es in Beijing. Auch der Nettozuwachs von jährlich 16 Mio. zehre viele der Zuwächse wieder auf, die im Zeichen der gegenwärtigen schnellen Wirtschaftsentwicklung stünden.

Nach alledem sei es nur gerecht, wenn der VRCh der Status eines Entwicklungslandes innerhalb des GATT zuerkannt werde. (BRu 1994, Nr.46, S.12 f.) -we-

Binnenwirtschaft

*(21)

Reform der staatseigenen Unternehmen auf der Prioritätenliste für 1994

Anfang November wurde vom Staatsrat eine landesweite Konferenz über den Aufbau eines modernen Unternehmenssystems durchgeführt. In seiner Rede wies der stellvertretende Ministerpräsident Zou Jiahua darauf

hin, daß die Reform der staatseigenen Unternehmen im Zentrum der Wirtschaftsstrukturreform des Jahres 1994 gestellt werde. Obwohl die Gesamtsituation der staatseigenen Unternehmen als gut bezeichnet werden könne, seien eine Reihe von Unternehmen mit großen Problemen konfrontiert. Dies zeige, daß das derzeitige Unternehmenssystem nicht mit der Entwicklung der Marktwirtschaft Schritt halte und weitere Reformen notwendig seien.

Zou Jiahua zufolge habe der Staatsrat entschieden, daß die Staatliche Wirtschafts- und Handelskommission die Führung bei den Experimenten mit dem neuen Unternehmenssystem übernehmen solle. Die Umsetzung der Unternehmensreform würde insbesondere mit der Wirtschaftsreformkommission und anderen Ministerien, die davon betroffen werden, ausgeführt. Zou Jiahua kündigte die Auswahl von Pilotunternehmen für die Reform an. (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 2.11.94, nach SWB, 17.11.94)

Zu den 100 ausgewählten Unternehmen für das Pilotprogramm zählen beispielsweise die Benxi Iron and Steel Company, Shanghai Automobile Corporation, Jianshe Industrial Corporation (Group), Tianjin Automobile Corporation, China Petrochemical Corporation, China Aviation Industry Corporation und China National Non-Ferrous Metals Leasing Co. Ltd.

Ziel der Unternehmensreform ist nach Angaben von Wang Zhongyu, Minister der Staatlichen Wirtschafts- und Handelskommission, die Umwandlung dieser Unternehmen in effiziente Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit, die unabhängig von staatlichen Eingriffen und verantwortlich für Gewinn und Verlust sind. Zunächst müsse die Beziehung zwischen Eigentumsrechten und Unternehmensmanagement geklärt werden, dann die rechtliche Umwandlung dieser Staatsbetriebe erfolgen, das Unternehmenskapital nach der Bewertung des Unternehmensvermögens erhöht und schrittweise die Belastungen der Unternehmen, wie beispielsweise überschüssige Arbeitskräfte, reduziert werden. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 2.11.94, nach SWB, 5.11.94)

Nach wie vor erfolgt die Umsetzung der Unternehmensreform noch sehr zögerlich, da bestimmte Rahmenbe-

dingungen wie die soziale Absicherung der Arbeiter bei Unternehmenskonkursen noch im Aufbau befindlich sind. In den ersten neun Monaten dieses Jahres wiesen wiederum 44% der staatseigenen Unternehmen Verluste auf, die sich insgesamt auf 29 Mrd. Yuan beliefen. Die Staatsbetriebe tragen jedoch nach wie vor mit über der Hälfte zum Steueraufkommen der gesamten Industriebetriebe bei; im letzten Jahr soll dieser Anteil 59% betragen haben. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 2.11.94, nach SWB, 5.11.94)

Auf der landesweiten Konferenz zum Aufbau eines modernen Unternehmenssystems wurden auch andere Maßnahmen zur Unterstützung der staatseigenen Betriebe genannt. Hierzu gehört beispielsweise die Erhöhung der Umlaufmittel der Unternehmen. Finanziert werden soll diese Maßnahme, indem den staatseigenen Unternehmen 15% der Unternehmenssteuern zurückerstattet werden. Weiterhin sollen die Investitionsmittel für die technische Umgestaltung der staatseigenen Unternehmen auf ein Volumen von rd. ein Drittel der gesamten Anlageinvestitionen erhöht werden. (CD, 4.11.94)

Einem Bericht der *Ming Bao* nach sollen den staatseigenen Konkursunternehmen zur Bezahlung ihrer Schulden ein Betrag in Höhe von 7 Mrd. US\$ von der Zentralregierung zur Verfügung gestellt worden sein. Diesen Betrag hoffen sowohl die Banken, bei denen die staatseigenen Unternehmen stark verschuldet sind, als auch die lokalen Behörden zu erhalten. Diese wollen die Mittel zur materiellen Absicherung der nach dem Konkurs arbeitslosen Beschäftigten einsetzen. Schätzungen dieser Hongkonger Quelle zufolge sollen die staatseigenen Unternehmen bei den Banken mit rd. 100 Mrd. Yuan verschuldet sein. (*Ming Bao*, Hong Kong, in Chinese, 22.10.94, nach SWB, 4.11.94) -schü-

*(22)

Beispiel für lokale Umsetzung der Unternehmensreform

Im nächsten Jahr wird sicherlich mit mehr Konkursen staatlicher Unternehmen zu rechnen sein als bisher. So soll beispielsweise der Bürgermeister von Wuhan in einem Interview mit der Hongkonger *Xinbao* erklärt haben,

daß 15% der Staatsunternehmen in Wuhan 1994 Konkurs anmelden müßten oder versteigert würden. Hierbei würden 50.000 bis 60.000 Arbeitskräfte freigesetzt, für die neue Stellen bereitgestellt und ein soziales Netz aufgebaut werden müßte.

Wuhan zählt zu den 18 Städten, in denen die Pilotprojekte zur Unternehmensreform durchgeführt werden sollen. Nach Angaben des Wuhaner Bürgermeisters habe die Stadt in den letzten Jahren bereits folgende Reformschritte durchgeführt:

- Staatseigenen Unternehmen mit größerem Vermögen und gutem Management sei die Umwandlung in Aktiengesellschaften erlaubt worden. Zwei dieser Unternehmen notierten an der Aktienbörse, und die Wuhan Iron and Steel Works plane die Emission von B-Aktien.
- Ausländischen Investoren sei der Kauf von Unternehmensanteilen erlaubt worden; hierdurch seien die entsprechenden Unternehmen in Joint Venture-Unternehmen umgewandelt worden. Im letzten Jahr belief sich die Zahl solcher Unternehmen auf insgesamt 22.
- Wirtschaftlich erfolgreichen Staatsunternehmen sei die Übernahme schlecht geführter Staatsbetriebe erlaubt worden.
- Staatsbetriebe, die besonders verkehrsgünstig gelegen waren, seien in die Außenbezirke umgesiedelt worden. Freiwerdende Grundstücke in der guten Lage wären dann verpachtet und die Pachterlöse den Staatsbetrieben zur Verfügung gestellt worden.
- Staatsunternehmen, die bereits über einen langen Zeitraum mit Verlusten gearbeitet hätten, mußten Konkurs anmelden.

Auch in Wuhan machen 40% der rd. 4.000 Unternehmen Verluste; 15% der Unternehmen befinden sich bereits seit langer Zeit in der Verlustzone. (Xin Bao, Hong Kong, in Chinese, 2.11.94, nach SWB, 18.11.94) -schü-

*(23)

Gleichzeitige Zunahme von städtischer Beschäftigung und Arbeitslosenquote

In den ersten drei Monaten d.J. erhöhte sich die städtische Beschäftigung nach Angaben des Staatlichen Statistikamtes um 710.000 und betrug damit 148,08 Millionen Arbeitskräfte. Landesweit nahm die Anzahl der Beschäftigten sogar um acht Millionen zu, so daß Ende September eine Gesamtzahl von rd. 600 Millionen Beschäftigten erreicht wurde. (In der Originalquelle ist eine Zahl von 653,5 Millionen angegeben, die jedoch kaum stimmen kann, da 1992 die Gesamtbeschäftigung 594 Millionen betrug und nach vorläufigen Angaben für 1993 auf 605,9 Millionen stieg.)

Trotz der Zunahme der Beschäftigung erhöhte sich die offizielle Arbeitslosenquote von 2,6% Ende 1993 auf 2,7% Ende September d.J., und für das gesamte Jahr wird mit einem Anstieg auf rd. 3% gerechnet. Die Anzahl der Arbeitslosen belief sich Ende September auf 4,36 Millionen Personen, das waren 160.000 mehr als Ende 1993. Sollte die Arbeitslosenquote bis zum 4.Quartal d.J. auf 3% steigen, dann würde sich die offizielle Arbeitslosenzahl auf rd. fünf Millionen Personen erhöhen. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 16.11.94, nach SWB, 18.11.94)

Einem Bericht des Arbeitsministeriums nach erhielten landesweit (sic!) bis Ende September d.J. rd. 1,3 Millionen Arbeitslose Unterstützung, dies waren 451.000 Arbeitslose mehr als im Vergleich zur Vorjahresperiode. Der Anstieg der landesweiten Arbeitslosigkeit wird vom Ministerium damit begründet, daß mehr staatseigene Unternehmen im Verlauf ihrer Umstrukturierung Arbeitskräfte entlassen hätten. Die bessere materielle Absicherung durch Arbeitslosenunterstützung wäre weiterhin dazu benutzt worden, sich eine bessere Arbeit zu suchen, so daß einige Arbeitskräfte hierdurch zeitweilig arbeitslos geworden seien. Darüber hinaus habe sich mit dem Anstieg der Konkurse auch die Zahl der Arbeitslosen erhöht.

Dem Arbeitsministerium zufolge zeigten die Maßnahmen zur Wiedereingliederung von Arbeitslosen große Er-

folge. So hätten bis Ende September d.J. landesweit 693.000 Arbeitslose wieder beschäftigt werden können, dies sei eine Wiederbeschäftigungsquote von 53%. (RMRB, 4.11.94, S.2)

Das Bild der sehr niedrigen offiziellen Arbeitslosigkeit könnte sich jedoch dann schnell verändern, wenn sich die verdeckte in eine offene Arbeitslosigkeit wandelt. Schätzungen von Chen Qingtai, stellvertretender Minister der Staatlichen Wirtschafts- und Handelskommission, nach beträgt die Quote der verdeckten Arbeitslosigkeit rd. 20%. (Wenhui Bao, Hong Kong, in Chinese, 29.10.94, nach SWB, 4.11.94)

Würden zu den offiziell als arbeitslos gemeldeten Personen auch diejenigen hinzugezählt, die von den staatseigenen Unternehmen mit einem geringen Lohn nach Hause geschickt werden, wäre auch die städtische Arbeitslosenquote von 2,7% bereits jetzt wesentlich höher. Einem Bericht der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zufolge betrug die Zahl solcher Arbeitskräfte, die in Shanghai von den staatseigenen Unternehmen nur noch formal beschäftigt werden (als *xia gang* bezeichnet), im Jahre 1993 rd. 300.000 Personen. Offiziell wurden jedoch nur 150.000 Beschäftigte in Shanghai als arbeitslos gemeldet. (FAZ, 28.11.94) -schü-

*(24)

Löhne und Einkommen steigen schneller als Inflation

Mit einer Zunahme um 31,7% auf 415,23 Mrd. Yuan wies die Lohnsumme in den ersten drei Quartalen dieses Jahres die höchste Wachstumsrate in den letzten 15 Jahren auf. Während die staatseigenen Unternehmen ihre Löhne um ebenfalls rd. 32% anhoben (325,3 Mrd. Yuan), erhöhten die kollektiveigenen Betriebe die Löhne um 16,9% (67,2 Mrd. Yuan). Die Unternehmen mit Auslandskapital und die Privatunternehmen zahlten eine Lohnsumme von 22,79 Mrd. Yuan, ein Anstieg um 113%. (CD, *Business Weekly*, 6.11.-12.11.94) Die Einzelhandelspreise stiegen bis zum 3.Quartal um 20,9% und die Lebenshaltungskosten erhöhten sich um 23,3%. (SCMP, 25.10.94)

Nach Angaben des Staatlichen Statistikamtes betrug das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der städtischen

Bevölkerung von Januar bis September d.J. pro Monat 255 Yuan, ein Anstieg um 34,6%. Die monatlichen Pro-Kopf-Ausgaben beliefen sich bis Ende des 3. Quartals auf 227 Yuan, eine Zunahme um 34,1% gegenüber der Vorjahresperiode. Die reale Einkommenssteigerung nach Berücksichtigung von Inflationsfaktoren machte 8,2% aus. Der Hauptanteil der monatlichen Ausgaben entfiel mit 112 Yuan auf Lebensmittel, deren Preise um 33% stiegen. Für Bekleidung mußte die städtische Bevölkerung 19,5%, für Haushaltsgegenstände und Möbel 44,5% und für Transport- und Telekommunikation 51,7% mehr ausgeben. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 8.11.94, nach SWB, 23.11.94)

Um den Staatshaushalt wie geplant umsetzen zu können, hat das Finanzministerium die lokalen Finanzbehörden dazu aufgerufen, den weiteren Anstieg der Löhne zu bremmen. Insbesondere sollen die Neustrukturierung des alten Lohnsystems besser überwacht und Indexvorgaben für die Anhebung der Löhne strenger beachtet werden. Weiterhin forderte das Finanzministerium, die konsumptiven Ausgaben der Regierungs- und Verwaltungsorganisationen, insbesondere bei Fahrzeugen und teuren Konsumgütern, stark zu beschränken. (Xinhua News Agency, in English, 17.11.94, nach SWB, 19.11.94)

In einer landesweiten Telefonkonferenz mahnte der Staatsrat am 11.11.94 ebenfalls eine stärkere Kontrolle über den zu hohen Anstieg der konsumptiven Ausgaben an. Einige Staatsunternehmen und Behörden hätten gegen die Bestimmungen hinsichtlich der Verwendung von Bargeld und Löhnen verstoßen, indem sie sich mit falschen Angaben Geld von den Banken geben ließen, allen Beschäftigten ohne Unterschied die Löhne erhöht und Boni und andere Zusatzeinkommen vergeben hätten. Weiterhin kritisierte der Staatsrat die mangelnde Durchsetzung der neuen Bestimmungen für die Erhebung der persönlichen Einkommenssteuer.

Eine stärkere Kontrolle über die Ausweitung der konsumptiven Ausgaben der Staatsunternehmen und Behörden soll auch durch folgende Bestimmungen erreicht werden, die vom Staatsrat in einem Rundschreiben am 9.11.94 festgelegt wurden:

- Die Ausgabe, der Verkauf oder der Einsatz von Gutscheinen für den Kauf von Gütern als Ersatz von Geldleistungen ist untersagt.
- Boni, Beihilfen und Subventionen der (staateigenen) Unternehmen und Regierungsorganisationen in Form von Bargeld, Aktien, Anteilen oder in einer anderen Form müssen im Bruttolohn enthalten sein.
- Die Lohnabteilungen müssen Einkommenssteuern bei solchen Beschäftigten abziehen, deren Löhne über dem steuerfreien Niveau liegen, und die Steuern für diese Beschäftigten abführen. Sollte dies nicht geschehen, wird der Fall als Steuerhinterziehung betrachtet.
- Die Steuerbehörden sollen die Verwaltung und Kontrolle über die Einkommenssteuer verschärfen.

(Central People's Broadcasting Station (Beijing), Xinhua News Agency, Domestic Service, in Chinese, 11.11.94, nach SWB, 24.11.94) -schü-

*(25)

Rentenfonds darf nur in Staatsobligationen angelegt werden

In einer gemeinsamen Verordnung des Finanzministers und des Arbeitsministers wurde Ende November d.J. die Verwendung von Mitteln des Rentenfonds für Aktienkäufe untersagt. Nur die Anlage als festverzinsliches Wertpapier und hier als Staatsobligation sei erlaubt. Da der Rentenfonds wichtiger Baustein des sozialen Sicherungssystems sei, dürften die Mittel des Rentenfonds nur für diese risikofreie Kapitalanlageform und nicht für andere Zwecke verwendet werden. Das hohe Risiko der Aktienmärkte zusammen mit fehlenden stabilen rechtlichen Rahmenbedingungen ließen die Anlage in Aktien nicht geeignet erscheinen. (CD, 30.11.94)

Die Verordnung legt fest, daß 80% der Mittel des Rentenfonds für den Kauf von eigens hierfür gestalteten Staatsobligationen bestimmt sind. Auch die Mittel aus dem Arbeitslosenfonds sollen der Verordnung zufolge nicht für den Kauf von Aktien, sondern für Staatsobligationen oder für die Finanzierung von staatlichen Schlüsselprojekten im Infrastrukturbereich eingesetzt werden. Dies gilt auch für Mittel des Krankenversicherungsfonds, die

ebenfalls zum überwiegenden Teil in Staatsobligationen angelegt werden sollen.

Ende 1993 wurde das gemeinsame Volumen der Renten- und Krankenversicherungsfonds mit rd. 40 Mrd. Yuan angegeben. Nach Angaben des Finanzministeriums seien jedoch größere Summen bereits für verschiedene Zwecke wie z.B. für Investbauprojekte abgezweigt bzw. nach den Wohlfahrtsvorstellungen lokaler Behörden eingesetzt worden. Die fehlgeleiteten Mittel sollen innerhalb von sechs Monaten an die Renten- und Krankenversicherungsfonds zurückgeführt werden.

In einem Bericht der *Zhongguo Zhengquan Bao* vom 8.11.94 werden weitere Daten zu den Versicherungsfonds für Rentner und Arbeitslose genannt. Hiernach belief sich das kumulierte Volumen des Rentenfonds Mitte 1994 auf 30 Mrd. Yuan, dies seien 5,5 Mrd. Yuan mehr als 1993 gewesen. Das Volumen des Arbeitslosen-Versicherungsfonds habe Mitte 1994 rd. 4 Mrd. Yuan betragen. Vom Gesamtvolumen seien 1993 in Höhe von 34 Mrd. Yuan seien 12 Mrd. in Staatsobligationen angelegt worden, die einen Zinsertrag von lediglich 7,6% erbracht hätten. -schü-

*(26)

"Konsumentenschutz noch nicht wirksam umgesetzt"

Der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses (NVK) sandte im September und Oktober d.J. fünf Inspektionsgruppen in die Provinzen Guangdong, Zhejiang, Liaoning, Henan und Fujian. Ziel der Inspektionsreise war die Überwachung der neuen Gesetze und Bestimmungen zum Konsumentenschutz, wie das "Gesetz zum Schutz der Rechte und Interessen der Konsumenten", das "Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb", das "Gesetz zur Produktqualität" sowie die "Entscheidung des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, die Produktion und den Verkauf von Gütern minderer Qualität zu verfolgen".

Ni Zhifu, einer der stellvertretenden Vorsitzenden des NVK, stellte Ende Oktober die Ergebnisse der Inspektionsreisen vor. Obwohl seit Verabschiedung der Gesetze und Bestim-

mungen durchaus Erfolge zu verzeichnen seien, gäbe es zahlreiche Probleme bei ihrer Umsetzung. Hierzu zählte, daß die Gesetze nicht vollständig beachtet bzw. durchgesetzt und daß Verstöße gegen diese Gesetze nicht verfolgt würden. Diese Probleme seien weit verbreitet und in einigen Regionen besonders schwerwiegend. Die erforderliche soziale und wirtschaftliche Ordnung als Voraussetzung für die Entwicklung einer Marktwirtschaft und eines fairen Wettbewerbs, sei bei weitem noch nicht entstanden. Die Durchsetzung der drei Gesetze und der NVK-Bestimmungen sei auch weiterhin eine große Herausforderung. (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 28.10.94, nach SWB, 4.11.94) -schü-

*(27)

Restriktionen für private Architekten gelockert

Wie die *China Daily* am 24.11.94 berichtete, dürfen sich private Architekten zukünftig in einigen Küstenstädten niederlassen, um Unternehmen und Konstruktionsbüros zu gründen. Die Entscheidung des Bauministers erfolgte im Anschluß an ein Pilotprojekt in der Sonderwirtschaftszone Shenzhen, an dem drei private Architekturbüros teilgenommen hatten.

Wu Yiliang, Direktor der Abteilung für Baudesign im Bauministerium, bezeichnete das Experiment als großen Erfolg, da sich die privaten Unternehmen sehr vital entwickelt hätten. Deshalb habe der Bauminister kürzlich zwei neue private Architekturbüros in Shenzhen zugelassen. Wu Yiliang zufolge sei die Lockerung der Restriktionen für private Architekten als ein weiterer Schritt in Richtung Marktwirtschaft und als Möglichkeit für die chinesischen Architekten zu verstehen, besser mit ausländischen Architekten konkurrieren zu können. Eine Ausweitung des Experiments auf die Küstenstädte Guangzhou, Shanghai, Dalian, Qingdao, Ningbo, Nanjing sowie einige andere hoch entwickelte Städte sei vorgesehen. Allerdings soll die Anzahl der privaten Architekturunternehmen und die Zahl der Standorte für diese Firmen begrenzt werden, um die Auseinandersetzung - sprich Konkurrenz - mit den bestehenden staatlichen Baudesign-Instituten zu beschränken.

Die Anforderungen an private Baukonstruktionsbüros beinhalten, daß ein Unternehmen mindestens drei Architekten aufweist und der rechtliche Vertreter ein bekannter und erfahrener Architekt ist oder als "Meister-Designer" von der Regierung ausgezeichnet wurde. Private Unternehmen, die nur Architekturzeichnungen erstellen, benötigen ein Grundkapital von 300.000 Yuan, Unternehmen, die auch sonstige Aufgaben übernehmen, müssen 800.000 Yuan an Grundkapital aufweisen. Notwendige Voraussetzung für die Niederlassung ist die Genehmigung durch die lokale Baubehörde und das Bauministerium.

Auf einer viertägigen landesweiten Konferenz zum Thema Baudesign Mitte November 1994 kündigte der Bauminister u.a. an, daß ein neues System der Anmeldung von Architekten und Ingenieuren eingeführt würde. Ziel dieser Maßnahmen sei es, internationale Standards zu erreichen und die Bedürfnisse der sozialistischen Marktwirtschaft zu befriedigen.

Dem Bauminister zufolge arbeiteten derzeit rd. 500.000 Architekten in ca. 10.000 staatlichen Einheiten für Baudesign. Da diese keine staatliche Subventionen erhielten, könnten sie in den folgenden Jahren schrittweise in wirtschaftlich unabhängige Unternehmen umgewandelt werden. (CD, 19.11.94) -schü-

*(28)

Beijing beschränkt Hundehaltung

Ende November wurden Bestimmungen von der Beijinger Stadtregierung erlassen, um die Hundehaltung und -zucht zu begrenzen. Die zum 1. Mai 1995 in Kraft tretende Bestimmung beschränkt jede Familie auf den Besitz eines einzigen Hundes, dessen Haltung vom Büro für Öffentliche Sicherheit genehmigt werden muß.

Die Bestimmungen besagen u.a., daß die Haltung großer und gefährlicher Hunde in acht der zehn Beijinger Bezirke nicht erlaubt ist. Auch das Mitnehmen von Hunden auf öffentliche Plätze, in öffentlichen Transportmitteln und in Fahrstühlen ist untersagt. Während kleine Hunde nur in der Zeit von abends 20.00 Uhr bis morgens 7.00 Uhr ausgeführt werden dürfen, wird

großen Hunden [die ja auch nur in zwei Bezirken erlaubt sind] selbst dieses Privileg untersagt.

Ein wichtiger Aspekt der Bestimmungen ist die Registrierung der Hunde gegen eine einmalige Gebühr von 5.000 Yuan im ersten Jahr und eine jährliche "Hundesteuer" von 2.000 Yuan.

Nach Statistiken der Beijinger Stadtregierung soll die Anzahl der Hunde auf inzwischen 190.000 in Beijing gestiegen sein. Im letzten Jahr wurden nach Angaben des Amtes für Öffentliche Sicherheit rd. 52.000 Personen von Hunden gebissen; 1991 sollen dies lediglich 30.000 gewesen sein. Die Gesamtzahl der Hunde wird landesweit auf 120 Millionen geschätzt. Diese fressen angeblich 15 Mrd. Kilogramm Getreide pro Jahr, genug um 40 Millionen Menschen zu ernähren. Allerdings gibt die chinesische Statistik keine Auskunft darüber, wieviel Hunde auf dem Speiseplan der Bevölkerung stehen und die Fleischversorgung ergänzen.

Nach dem Bericht der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua hatten die Beijinger drei Wochen lang Gelegenheit, per Telefon oder schriftlich ihre Meinung zu diesen Bestimmungen zu äußern. Mehr als 80% sollen sich für strenge Auflagen und nur 4% gegen die Einschränkung der Hundehaltung ausgesprochen haben. (XNA, 1.12.94)

Die *South China Morning Post* berichtete allerdings von einem Sturm der Entrüstung gegen die Bestimmungen. So sollen 86% der Personen, die sich in 2.747 Telefonanrufen und 4.522 Briefen geäußert hatten, die Bestimmungen kritisiert haben. (SCMP, 16.11.94) Aufgrund der Proteste sollen nach einem Bericht der *China Daily* vom 30.11.94 die ursprünglich auf 6.000 Yuan festgelegten Gebühren für die Erstanmeldung von Hunden auf später 5.000 Yuan reduziert worden sein. Die Lokalbehörden hätten bei einer Untersuchung festgestellt, daß rd. 70% der Hundebesitzer nicht mehr als 800 Yuan verdienen würden, so daß die Hundesteuer als zu hoch erschien. -schü-